

<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>	Gremium:	<b>52. Plenarsitzung Gemeinderat</b>
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	<b>23.07.2013 1476 20 öffentlich Dez. 4</b>
SPD-Gemeinderatsfraktion vom: 04.06.2013 eingegangen: 05.06.2013		
<b>Straßenbahnen in Karlsruhe: Sicherheit erhöhen</b>		

**- Kurzfassung -**

Zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenbahnverkehr haben die VBK mehrere Initiativen gestartet: Am 06.06.2013 fand eine Expertenrunde auf Einladung der VBK statt, an dem Interessenvertreter aus vielen Bereichen zum Thema Prävention Vorschläge zusammentrugen, die in den nächsten Wochen mit verschiedenen Medien umgesetzt werden. Bei einem erneuten Treffen der Experten wollen die VBK dann eine Zwischenbilanz ziehen und über die bereits umgesetzten Maßnahmen diskutieren.

Seit einigen Wochen arbeitet bereits eine Kommission aus Ordnungsamt, Tiefbauamt, Polizei, Technischer Aufsichtsbehörde und VBK und begeht sukzessive alle Bahnübergänge, Haltestellenzugänge und sonstigen Gleisquerungen im Netz der Verkehrsbetriebe. In mehreren Terminen wurden bisher rund 70 von netzweit über 500 Stellen begangen, bewertet und erforderlichenfalls ergänzende Maßnahmen festgelegt.

In beiden Gremien ist ein breites Spektrum von Experten aus verschiedenen Bereichen tätig, um verschiedene fachliche Sichtweisen in die Arbeiten einzubeziehen.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages		nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>	
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
derzeit noch nicht absehbar			
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Kontierungsobjekt: _____ Kontenart: _____ Ergänzende Erläuterungen: _____			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>	abgestimmt mit: Verkehrsbetriebe Karlsruhe GmbH	

zu 1.:

Entsprechende Arbeiten dazu sind bereits vor einiger Zeit angelaufen. Am 06.06.2013 fand eine Expertenrunde auf Einladung der VBK statt, an dem Interessenvertreter aus vielen Bereichen zum Thema Prävention Vorschläge zusammentrugen. Teilgenommen haben Vertreter der Abteilung Verkehrserziehung der Polizei, des Gesamtelternbeirats der Stadt Karlsruhe, des Ordnungs- und Schulamts, des Kinderbüros, des Stadtjugendausschusses, des Studentenwerks, der Unfallkasse Baden-Württemberg sowie der VBK und des Karlsruher Verkehrsverbunds und dabei ihre Erfahrungen mit dem Thema eingebracht. So wird ein bereits produzierter Präventions-Kurzfilm demnächst über verschiedene Kanäle verbreitet, wobei die Verkehrsbetriebe eng mit den neugewonnenen Kooperationspartnern zusammenarbeiten wollen. Plakataktionen sollen an Haltestellen und Gleisübergängen positiv für Aufsehen sorgen. Bei einem erneuten Treffen der Experten wollen die VBK dann eine Zwischenbilanz ziehen und über die bereits umgesetzten Maßnahmen diskutieren.

zu 2.:

Seit einigen Wochen arbeitet bereits eine Kommission aus Ordnungsamt, Tiefbauamt, Polizei, Technischer Aufsichtsbehörde und VBK und begeht sukzessive alle Bahnübergänge, Haltestellenzugänge und sonstigen Gleisquerungen im Netz der Verkehrsbetriebe. In mehreren Terminen wurden bisher rund 70 Stellen begangen, bewertet und erforderlichenfalls ergänzende Maßnahmen festgelegt. Insgesamt ist im Netz aber von deutlich über 500 Querungsstellen auszugehen, so dass sich Erfassung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen über einen gewissen Zeitraum erstrecken werden. Bei der Bewertung der Stellen vor Ort werden auch Meldungen, Anregungen und Vorschläge aus dem Straßenbahn-Fahrdienst, von Anwohnern, Kunden oder sonstigen Verkehrsteilnehmern berücksichtigt. Die VBK ist gerne bereit, über die Arbeit der Kommission in der nächsten Aufsichtsratssitzung zu berichten.

zu 3.:

Bei der Präventionskampagne sind Präsenzkontrollen an Gleisquerungen durch die Polizei und dem kommunalen Ordnungsdienst vorgesehen.

Die Verkehrsbetriebe sind gern bereit, entsprechende Kontrollen zu unterstützen.

Letztlich können diese jedoch nur von Stellen durchgeführt werden, die über entsprechende hoheitliche Befugnisse verfügen.

zu 4.:

Mit der breit gefächerten Zusammensetzung der Expertenrunde zur Prävention sowie durch die Beteiligung der Technischen Aufsichtsbehörde, die für alle baden-württembergischen Straßenbahnbetriebe zuständig ist und deren Leiter auch auf Bundes- und europäischer Ebene in verschiedenen Gremien mitwirkt, an der Kommission zur Überprüfung der Gleisquerungen ist ein breiter Erfahrungshorizont aus sehr verschiedenen fachlichen Sichtweisen in die Maßnahmen unter 1. und 2. einbezogen. Von der Hinzuziehung weiterer externer Experten werden deshalb keine zusätzlichen Erkenntnisse erwartet.